

## Staatsbeamtennot.

Aus Beamtenkreisen wird uns geschrieben:

Der von der „Reichspost“ veröffentlichte Notschrei eines Staatsbeamten hat in den Kreisen des Staatsbeamten mit mehreren Kindern ein nicht unberechtigtes Aufsehen verursacht. So logisch als dieser Ausruf ist, ebenso zutreffend ist die Tatsache, wo die Wirtschaft bei den Lebensmittelmagazinen gezeigelt wird. Der seinerzeit von der „Reichspost“ mit Energie und Erfolg geführte Kampf für die Kopfsquote scheint bei den Lebensmittelmagazinen spurlos vorübergegangen zu sein. Denn dortselbst bekommt noch heute eine Person die gleiche Menge an Marmelade, Eier, Käse, Ersatz- und Malzkaffee und vieles andere, wie eine mehrköpfige Familie. Bei dieser Gelegenheit sei auch erwähnt, daß angeblich einzelne Lebensmittelmagazine gezwungen sind, den Eierbedarf bei der „Rohö“ zu fassen, wodurch die vier bis fünfmalige Fassung im Jahre erklärlich werde, ebenso der Umstand, daß die mit 32 Heller zu bezahlenden Eier zumeist schlecht sind. Dieselbe Wahrnehmung betreffs der Qualität kann man auch bei dem gefalzenen Bäckfleisch und bei den geselchten Fleischstücken machen, die nichts weniger als in einwandfreiem Zustande zu enarnten Preisen abgegeben werden. Die Staatsbeamten gönnen den Mindestbemittelten gerne alle Vorzüge, aber endlich sollte man auch den Staatsbeamten das Durchhalten möglich machen und den mit weißen Einkaufskarten versehenen Minderbemittelten ebenfalls Nahrungsmittel, keine Lederbissen zukommen lassen. An dem tatsächlich furchtbaren Elend ändert auch die vielgepriesene Rettung durch Schaffung von Kriegsküchen nichts, da die Beteiligung linderreicher Familien an dieser Maßnahme finanziell unmöglich ist, denn wenn ein Familienvater für ein Mittagmahl fünf- oder sechsmal 1 Krone 80 Heller zahlen muß, dabei sich nicht satt essen kann, was bleibt ihm für das übrige Leben übrig?

Soffentlich trägt Ihr berechtigter Kampf für die mehrköpfige Familie auch hier seine Früchte.

Zur Frage der Steuerzulage für die Staatsbeamten wird uns mitgeteilt: Die ständige Vertretung der österreichischen Staatsbeamtenvereine hat in ihrer Sitzung vom 19. Oktober l. J. einstimmig beschlossen, den Antrag der Abgeordneten Teufel und Mag. Hummer, betreffend die Steuerzulagen der Staatsbeamten, abzulehnen und bei ihren bekannten Vorschlägen zu beharren. — Der Reichsverband der staatlichen Vertragsbeamtenvereinigungen Oesterreichs, der am 15. d. im Parlament an der Enquete teilgenommen hat, stellte dort folgende Notstandsorderungen auf: 1. eine wirkliche Anpassung der Bezüge an die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse, zumindest jedoch eine 100%ige Erhöhung der gegenwärtigen Gesamtbezüge (Gehalt und Steuerzulage); 2. eine sofortige Gewährung eines Anschaffungsbeitrages von mindestens 1000 Kronen für Verheiratete, jedoch außerdem noch je 400 Kronen für jedes weitere Familienmitglied; 3. sofortige Einleitung einer Entschuldungskon.